

EVAL-Datenbank:

POLI61zp-T04

POLI71-T32

KRIE03-T15

MILI08-T04

PERS01c-T01-Fischer-Ukraine-Konflikt

PERS01c-T02-Gabriel-Ukraine-Konflikt

Aussenpolitik

3. Die Zeit, 17.02.2022 (S. 2)

Was jetzt?

Diese Krise ist ein großes Verwirrspiel. Echte und vermeintliche Absichten sind schwer voneinander zu trennen, Hoffnung und Angst liegen nah beieinander. Vielleicht hilft Erfahrung beim Sortieren? Vier Fragen an zwei frühere Außenminister

Titelthema »Es ist nie zu spät«



Joschka Fischer war von 1998 bis 2005 Außenminister im rot-grünen Kabinett von Gerhard Schröder. Seit dem Ende seiner politischen Karriere ist er als Berater und Autor tätig. Sigmar Gabriel war von 2009 bis 2017 Bundesvorsitzender der SPD. Von 2017 bis 2018 war er Außenminister, von 2013 bis 2018 Vizekanzler von Angela Merkel. Er ist Vorsitzender der Atlantik-Brücke.

Joschka Fischer

Was will Putin? Mehr Einfluss oder auch mehr Land?

Es geht Putin meines Erachtens um viel mehr als um die Ukraine, nämlich um eine Revision der europäischen Ordnung nach dem Kalten Krieg zugunsten russischer Großmacht. Dazu bedarf es aus seiner Sicht keiner Restauration der Sowjetunion, aber der Wiederherstellung einer russischen Einflusszone zuerst auf deren früherem Territorium. Dabei spielt die Ukraine aufgrund ihrer Größe, ihrer Ressourcen und ihrer Geschichte eine entscheidende Rolle. Der nächste Schritt zielt dann auf die Hegemonie im gesamten Osteuropa als Voraussetzung für die Dominanz Moskaus über das ganze Europa. Die an die USA und die Nato übersandten russischen Forderungen sprechen diesbezüglich eine klare Sprache. Wie allerdings kann man im Kreml glauben, dass der Westen auf diese Forderungen jemals einzugehen bereit ist?

Putins Forderungen sind mit den Grundprinzipien der EU und der Nato nicht vereinbar. Diese gehen von der Unverletzlichkeit der Grenzen und dem Selbstbestimmungsrecht aller Nationen aus. Auch Russland hat diese Prinzipien mehrmals unterzeichnet. In welche Richtung werden sich die früheren Sowjetrepubliken langfristig entwickeln – in Richtung einer autoritären Oligarchie nach russischem Vorbild oder in Richtung des europäisch-westlichen Modells? Neben der Sicherheitsfrage geht es vor allem um diese Frage, die Frage der Freiheit der Wahl der gesellschaftlichen Entwicklung in den früheren Sowjetrepubliken.

Was kann der Westen Putin anbieten, um eine weitere Eskalation zu stoppen?

In den von Russland aufgeworfenen Grundsatzfragen nicht viel. Es ist am wichtigsten, dass die Europäer untereinander und im transatlantischen Bündnis den Zusammenhalt wahren und sich nicht auseinanderdividieren lassen. Geschlossenheit ist das Gebot der Stunde und Solidarität mit dem Opfer der Aggression, der Ukraine, und ansonsten die westliche Bereitschaft, auf allen Ebenen die Gespräche um eine friedliche Konfliktlösung fortzusetzen und friedliche Lösungen zu finden.

Hat der Westen nach 1990 etwas falsch gemacht im Umgang mit Russland?

Ich meine, nein. Oft werden die Nato-Osterweiterung und die angeblichen russischen Einkreisungsängste erwähnt. Aber wie soll man bitte ein kontinentales Land wie Russland mit seinen elf Zeitzonen einkreisen? Und wozu? Deutschland hat mit der Wiedervereinigung die Nato- und EU-Osterweiterung begonnen. Hätte Deutschland, hätte Westeuropa den Polen, Ungarn, Tschechen, Slowaken und den Balten sagen sollen, dass sie leider Pech gehabt hätten? Dass sie auch nach dem Ende der Sowjetunion nicht in die Nato dürften, sondern weiterhin zur östlichen, zur russischen Einflussosphäre gehören müssten? Eine unsinnige Option. Das wäre auf eine Fortsetzung der Teilung Europas hinausgelaufen, mit der einzigen Ausnahme Deutschland! Die Nato- und EU-Osterweiterung hat Europa Frieden, Sicherheit und Stabilität gebracht, was man von den damals denkbaren Alternativen nicht annehmen konnte.

Kann Nord Stream 2 noch in Betrieb genommen werden?

Ich war von Anfang an gegen Nord Stream 2. Energiewirtschaftlich war die Pipeline nicht notwendig, die vorhandenen reichen für die Gasversorgung aus. Russland wollte die Pipeline nur aus geopolitischen Gründen, um die Ukraine umgehen und damit isolieren zu können und um sie so unter Druck zu setzen. Zugleich hat sich Deutschland in eine immer größere Abhängigkeit von Russland begeben. Das wird grundsätzlich anders werden müssen – und zwar schnell. Sollte Russland die Ukraine militärisch angreifen, so wäre die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 kein Thema mehr. Im Falle einer friedlichen Deeskalation wäre die Pipeline sicherlich Teil eines Verhandlungspakets zwischen dem Westen und Russland.

Zitate:

»Der nächste Schritt zielt auf die Hegemonie im gesamten Osteuropa« Joschka Fischer, Außenminister von 1998 bis 2005

Sigmar Gabriel

Was will Putin? Mehr Einfluss oder auch mehr Land?

Dem russischen Präsidenten geht es weder um die Ukraine noch um »mehr Land«. Es geht vielmehr darum, Russland wieder als europäische Großmacht zu etablieren, mit der künftige europäische Entwicklungen und Entscheidungen verhandelt werden müssen. Russland hat seit 1989 kontinuierlich an Einfluss in Europa verloren und ist in den letzten Jahrzehnten immer mehr auf die Rolle eines Energielieferanten reduziert worden. Geopolitisch haben die USA seit 1945 den Westen Europas und seit 1989 ganz Europa dominiert. In den letzten Jahren hat China seinen Einfluss in Europa ausgebaut. Russland ist auch in Europa der große geopolitische Verlierer. Diesen Trend will der russische Präsident stoppen und umkehren. Und da Russland weder wirtschaftlich noch politisch attraktiv ist, bleibt nur das


Militär als Instrument, um das Land wieder als eine europäische Macht zu etablieren. In gewisser Weise hat der russische Präsident dieses Ziel bereits erreicht, denn die USA verhandeln wieder mit ihm über das Schicksal Europas. Aus russischer Sicht ist das die Rückkehr zur Normalität: Russland hat 1945 mit den USA über die Zukunft Europas verhandelt, 1989 erneut und auch 1997. Die offene Frage bleibt, was jetzt folgt. Geht es Russland um die Schaffung einer möglichst großen »Grauzone« zwischen dem eigenen Territorium und den Nato-Mitgliedsstaaten? Das kann nicht das Interesse der Europäischen Union und nicht das der Nato sein, denn solche »Grauzonen« bringen mehr Unsicherheit und Instabilität. Länder in solchen »Grauzonen« drohen letztlich immer zum Spielball von Großmachtinteressen zu werden. Oder will Russland einen größeren Verhandlungsprozess starten, eine Art »Helsinki-II-Prozess«? Seit den Konferenzen, die zur Schlussakte von Helsinki im Jahr 1975 führten, ist ja in der Tat viel geschehen. Dann ist eine Verständigung darüber sogar möglich. Das Ziel wäre dann eine Beschreibung einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur mit klaren Regeln, Sicherheitsgarantien und gegenseitigen Vereinbarungen.

Was kann der Westen Putin anbieten, um eine weitere Eskalation zu stoppen?

Was die praktische Politik betrifft, die ganz konkreten Sicherheitsinteressen Russlands, die Putin anführt, gibt es eine ganze Reihe von Maßnahmen, die durch die USA, die Nato und auch durch die Europäische Union angeboten werden können: weitere Abrüstungsmaßnahmen in Europa, ein Truppenrückzug auf beiden Seiten, der Verzicht auf die Stationierung von Trägersystemen für nicht nukleare und nukleare Waffen, gegenseitige Informationspflichten und Besuchsrechte für militärische Einrichtungen, Truppenbewegungen und Manöver und anderes mehr. Vieles davon ist bereits in der Nato-Russland-Grundakte von 1997 angelegt, mit der Russland der Ost-Erweiterung der Nato zugestimmt hat und sich die Nato zu bestimmten Sicherheitsgarantien gegenüber Russland verpflichtet hat. Und auch die von Russland vehement abgelehnte Mitgliedschaft der Ukraine in der Nato steht ebenso wenig auf der Tagesordnung wie die von Finnland oder Schweden. In allen praktischen Sicherheitsfragen gibt es also eine relativ große Bandbreite von Maßnahmen, die der Westen mit Russland vereinbaren könnte. Praktische Politik findet immer Einigungskorridore, mögen sie eng oder weit sein. Wann immer es aber um Prinzipien geht, bewegt sich der Verhandlungsspielraum aller Beteiligten gegen null. Über Prinzipien kann man nicht verhandeln. Deshalb ist Außenpolitik immer gut beraten, zwar eigenen Prinzipien zu folgen, sie aber nicht zur Voraussetzung für Gespräche und Übereinkünfte mit anderen zu machen.

Hat der Westen nach 1990 etwas falsch gemacht im Umgang mit Russland?

Nach dem Ende der Sowjetunion wurde Russland zunächst zu einem Mekka des »Manchester-Kapitalismus«. Nach dem ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Niedergang des Landes unter Boris Jelzin konnte das Land letztlich nur über eine autoritäre Führung wieder stabilisiert werden. Der Westen hat das zugelassen, hat dabei zugesehen. Das war sicher ein großer Fehler. Anfang der Neunzigerjahre wurde auch in Europa darüber diskutiert, Russland einen »Marshallplan« anzubieten, um den Modernisierungsrückstau zu überwinden und das Land wirtschaftlich und sozial zu stabilisieren. Das ist recht arrogant abgelehnt worden. Damals tönte es aus den USA: »Warum sollten wir Russland helfen, die



haben doch den Wettbewerb mit uns verloren.« Was dann nach dem Chaos der Jelzin-Jahre kam, war eine immer stärkere Koalition der politischen Führung des Landes mit den alten und neuen wirtschaftlichen Eliten. Die einen regierten ohne nennenswerten Widerspruch, die anderen durften sich die Rohstoffe des Landes zur Beute machen. Herausgekommen ist eine »Rentenökonomie«, die an den jeweiligen Rohstoffpreisen hängt und die ihre politische Legitimation aus einem neu erstarkten Nationalismus bezieht. Und mit genau dem haben wir es jetzt zu tun. Der Versuch, Russland einen anderen Weg zu eröffnen, ist bis auf die deutschen Angebote einer Modernisierungspartnerschaft nie wirklich gemacht worden.

Kann Nord Stream 2 noch in Betrieb genommen werden?

Das hängt von Wladimir Putin ab. Ein militärischer Angriff auf die Ukraine oder auch der Versuch, das Land dauerhaft zu destabilisieren, machen Nord Stream 2 unmöglich. Und selbst wenn Nord Stream 2 kommt, werden Deutschland und Europa nach Wegen suchen, die Abhängigkeit von russischer Energie deutlich zu reduzieren und die Bezugsquellen zu diversifizieren. Das wird teurer als russisches Pipeline-Gas, aber diesen politischen Preis größerer Sicherheit werden wir jetzt bezahlen müssen. Nach dem Ende der Sowjetunion hoffte man, auch in der Energiepolitik gebe es so etwas wie eine »Friedensdividende« und man könne den Energiemarkt liberalisieren. Heute ist klar: Diese Hoffnung war vergebens. Russland hat die Energiepolitik re-politisiert.

Zitate:

»Russland ist auch in Europa der große geopolitische Verlierer« Sigmar Gabriel, Außenminister von 2017 bis 2018

Autor: Joschka Fischer, Sigmar Gabriel

[zum Volltext / PDF](#)